

Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen)	06.09.2010	

Anlass:

- Mitteilung der Verwaltung
- Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung
- Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Fachhochschule Köln

Sachstand zur Standortfrage des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums (IWZ)

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der Sitzung der BV 2 am 30.03.2009 – AN/0533/2009

Anfrage der FDP-Fraktion aus der Sitzung der BV 2 am 31.08.2009 – AN/1314/2009

Die beiden o.g. Anfragen betreffen die voraussichtlichen Auswirkungen einer IWZ-Verlagerung der FH Köln nach Bayenthal.

Nachdem dem Planungsdezernat der Stadt Köln erstmals im Januar 2009 durch die Geschäftsführung des landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW (BLB) erste Überlegungen zu einer IWZ-Verlagerung aus dem Rechtsrheinischen nach Bayenthal vorgestellt worden sind, wurde eine Projektgruppe u.a. mit Vertretern der FH Köln, des BLB und der Stadt Köln gebildet, die sich regelmäßig mit den planungsrelevanten Fragen der von BLB und FH Köln angestrebten Verlagerung auseinandergesetzt hat. Diese Projektgruppe hat letztmalig im November 2009 getagt. Im gleichen Monat wurde von der Verwaltung auch die Ende August 2009 umgedruckte Beschlussvorlage der Verwaltung mit einer Folgenabschätzung zur IWZ-Verlagerung zurückgezogen, die der Bezirksvertretung 2 zur Sitzung am 04.09.2009 vorgelegen hat und hier einstimmig beschlossen wurde. Seitdem sind sämtliche mit der Fragestellung zusammenhängenden Planungsverfahren auf städtischer Seite angehalten (u.a. Bebauungsplan-Aufstellungsverfahren, Wettbewerbsauslobungsverfahren).

Hintergrund des Planungsstillstands ist die ausstehende Entscheidung des Landes NRW nach Erörterungen der verantwortlichen Landesressorts (Wissenschafts- und Innovationsministerium, Finanzministerium, Bauministerium) in der IWZ-Standortfrage.

Wesentlich sind dabei u.a. Erneuerungswürdigkeit und Ausbaumöglichkeiten der IWZ-Einrichtungen in Deutz, die Mitte der 1970er Jahre nach dem damaligen einheitlichen NRW-Hochschulbausystem errichtet wurden. Dem Land liegen hierzu seit dem Vorjahr zwei Gutachten vor. Aufgrund unterschiedlicher Schwerpunkte und schwer vergleichbarer Aussagen hat das Land NRW aktuell beschlossen, ein weiteres drittes Gutachten einzuholen. Zuvor war mehrfach seit Ende vergangenen Jahres eine kurzfristige Entscheidung in der Sache in Aussicht gestellt worden.

Wie die FH Köln der Stadt Köln nunmehr mit Pressemitteilung vom 16.08.2010 mitteilt, hat der Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW am gleichen Tage in Abstimmung mit den beteiligten o.g. Landesressorts die Erstellung eines neuen Gutachtens über den Sanierungsumfang am IWZ in Deutz europaweit ausgeschrieben. Mitte November 2010 soll die Auswahl des Ingenieurbüros abgeschlossen sein und der Auftrag vergeben werden. Das Präsidium der FH Köln begrüßt in dieser Pressemitteilung die Gutachtenerstellung, um Kostenklarheit zu erlangen. Für die Erstellung des Gutachtens werden sechs Monate veranschlagt.

Die mehrfache Zurückstellung der Beantwortung der Anfragen in der Bezirksvertretung 2 steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der seit dem Herbst vergangenen Jahres erwarteten Standortentscheidung und Klärung der Anforderungen an einen neuen IWZ-Standort. Durch die unerwarteten Aufschübe der grundlegenden Standortfrage konnte bisher leider nicht dezidiert auf die Anfragen eingegangen werden. Sobald belastbare Aussagen bzw. Informationen des Landes zur Zukunftssicherung der Fachhochschule Köln der Verwaltung zugehen, werden diese dem Rat und den betroffenen Bezirksvertretungen dargestellt.

Städtischerseits besteht größtes Interesse an der Zukunftssicherung und Attraktivierung der FH Köln. Wissenschaft und Forschung haben in Köln einen besonders hohen Stellenwert und die Hochschulstandorte haben eine hohe strukturwirksame Bedeutung. Deshalb wird die Stadt Köln die FH Köln nach Kräften unterstützen, einen geeigneten und zukunftsfähigen Standort mit dem Ziel zu entwickeln, den Studierenden auch künftig attraktive Studienbedingungen anzubieten.